

## Beantwortung der Wahlprüfsteine

### **PETA Deutschland e.V.**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt, 14.05.2021

#### *1. Tiere in der Landwirtschaft*

*Die leidvolle Schlachtung von Tieren war in jüngerer Vergangenheit wiederholt Gegenstand von bundesweiten Medienberichten. Fehlbetäübungen sind Studien zufolge an der Tagesordnung (BT-DS 17/10021).*

*Eine Antwort der Bundesregierung (BT-DS 19/3195) ergab 2018, dass tierhaltende Agrarbetriebe in Sachsen-Anhalt im Durchschnitt nur alle 24,4 Jahre durch Amtstierärzte kontrolliert werden.*

*a) Wird sich Ihre Partei durch konsequente Maßnahmen dafür einsetzen, dass Tierleid und Missstände in den Schlachtbetrieben des Landes ausgeschlossen werden?*

10 Ja, die bereits ergriffenen Maßnahmen müssen systematisch verstärkt werden – schärfere Vorgaben durch die Fachaufsicht und Schulung sowie Austausch der unteren Veterinärbehörden und ihrer Tierärzt\*innen. Die systematische Rückkopplung an die tierhaltenden Betriebe und die Behörden – z.B. bei transportunfähigen Tieren oder trächtigen Kühen - muss durchgesetzt werden. Weitergehend wollen wir weg von zentralen, großen Schlachtfabriken. Stattdessen wollen wir in allen Regionen dezentrale Schlachtstätten – u.a. Schlachtmobile. So reduzieren wir Tiertransporte und das führt wieder zu einer ganzheitlichen Tierhaltung. Wir möchten, dass Tieren soweit wie möglich Stress erspart wird – z.B. mit dem Kugelschuss auf der Weide.

*b) Befürwortet Ihre Partei mindestens einmal pro Jahr umfassende Kontrollen von tierhaltenden Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre verbunden mit einer entsprechenden Aufstockung der Kapazitäten?*

20 Ja. Wir befürworten einen höheren Kontrolldruck. Die personelle Ausstattung der Veterinärbehörden in den Landkreisen und kreisfreien Städten ist den gestiegenen Anforderungen des Gesetzgebers und der Gesellschaft anzupassen. Nur so kann eine Erhöhung der Kontrolldichte und die Stärkung des Vollzugs des Tierschutzes möglich werden.  
Das Land soll eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe einrichten, die Probleme zu Sicherheitsvorkehrungen in Tierställen wie Brandgefahren aufgreift. Schon heute ist es Ziel und das ist durchzusetzen, dass Betriebe risikoorientiert und große nicht-bodengebundene Betriebe (ohne eigene Futtergrundlage) einmal pro Jahr kontrolliert werden.

#### *2. Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen*

*In mehreren Bundesländern existiert bereits ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen.*

30 *a) Wird sich Ihre Partei für ein Verbandsklagerecht in Sachsen-Anhalt für anerkannte Tierschutzorganisationen einsetzen?*

35 Ja. Bereits in der Vergangenheit haben wir uns für ein Verbandsklagerecht eingesetzt. Wir orientieren uns dabei am relevanten Gesetz von Baden-Württemberg. Die bündnisgrüne Bundestagsfraktion setzt sich außerdem für ein bundesweites Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen ein.

### 3. Ernährung und Bildung

*Der durchschnittliche Konsum tierischer Nahrungsmittel liegt in Deutschland auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau. Dies fördert neben Tierleid auch sogenannte Zivilisationskrankheiten. Zudem zählt die Produktion tierischer Nahrungsmittel zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien.*

40 a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass zumindest in Einrichtungen der öffentlichen Hand täglich ein veganes Gericht zur Auswahl steht?

Ja. Wir wollen die Ernährungswende in den öffentlichen Kantinen forcieren mit mehr regionalen Produkten, Bio und mehr pflanzlichen Lebensmitteln. Dazu gehört auch ein veganes Angebot. Wir wollen mit einer Kampagne die Bevölkerung besser informieren, wie man sich pflanzlich  
45 gesund ernähren kann. Lebensmittel sollen transparent gekennzeichnet werden. Eine Halbierung des durchschnittlichen Fleischkonsums wird allein schon aus gesundheitlichen Gründen von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung empfohlen. Dem schließen wir uns an, was zudem den Druck von den landwirtschaftlichen Flächen nimmt.

50 b) Befürwortet Ihre Partei die Verankerung des Tierschutzes inklusive ernährungs- und umweltwissenschaftlicher Aspekte im Bildungsplan von Sachsen-Anhalt?

Ja. Wir setzen uns für ganzheitliche Bildung für nachhaltige Entwicklung ein. Das beinhaltet u.a. Ernährung, Umwelt- und Tierschutz.

### 4. Tierversuche / Tierverbrauch in der Lehre

55 *Tierversuche sind oftmals mit erheblichen Leiden für die Tiere verbunden. Die Ergebnisse lassen sich kaum auf den Menschen übertragen. Auch im Rahmen der Lehre an Universitäten, insbesondere für Sezierkurse, werden viele tausend Tiere „verbraucht“ – obwohl einige Universitäten in Deutschland bereits jetzt moderne Biologie- oder Medizin-Studiengänge anbieten, ohne dass Tiere dafür getötet werden.*

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Tierverbrauch für die Lehre in den Bildungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt beendet und durch moderne Methoden ersetzt wird?

60 Wir wollen als nächsten Schritt den Tierverbrauch deutlich reduzieren und alternative Methoden stärken. Dafür wollen wir zunächst die Pflicht zum Sezieren in der Ausbildung überall dort abschaffen, wo es nicht unbedingt notwendig ist. Eine artgerechte Haltung von Versuchstieren muss durchgesetzt werden. Die Entwicklung von Alternativverfahren müssen stärker gefördert werden sowie Ersatzmethoden schneller anerkannt und in einer bundesweiten Datenbank ge-  
65 bündelt werden. So können wir die Grundlage für erfolgreiche Ausstiegsstrategie schaffen.

b) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Tierversuchs-Kommissionen des Landes verpflichtend paritätisch zu 50 Prozent aus Wissenschaftlern und 50 Prozent aus Mitgliedern von Tierschutzorganisationen besetzt wird?

70 Tierschutzorganisationen sollte ermöglicht werden, ihre Expertise mit Gewicht in den genannten Prozess einzubringen. Wir sind nicht festgelegt, wie dies zu bewerkstelligen ist.

### 5. Jagdgesetz / Jagdpraktiken

*Gemäß Landesjagdgesetz sind in Sachsen-Anhalt einige tierschutzwidrige Jagdpraktiken erlaubt, die in anderen Bundesländern im Zuge von Novellierungen verboten wurden.*

75 *Totschlagfallen stehen in der Kritik, auch artgeschützte Tiere zu fangen sowie Tiere teilweise nicht sofort zu töten. Dies kann zu langanhaltendem und schwerem Leid führen.*

*Bei der Baujagd werden Füchse – oft über einen längeren Zeitraum – in Todesangst versetzt. Dabei kann es zu schweren Kämpfen zwischen Hund und Wildtier kommen, bei denen sich beide Tiere ineinander verbeißen und schwer verletzen. In einigen Bundesländern sind die beiden vorgenannten Jagdpraktiken bereits weitgehend verboten.*

80 *a) Wird sich Ihre Partei für eine Novellierung des Landesjagdgesetzes nach tierfreundlichen und ökologischen Kriterien einsetzen?*

Ja. Die Zahl der jagdbaren Arten soll dabei deutlich reduziert werden. Die Jagd auf Vögel wollen wir gänzlich beenden. Das Verwenden von Bleimunition wollen wir gänzlich unterbinden. Bei der Ausbildung dürfen lebende Tiere nicht geschädigt werden.

85 *b) Wird sich Ihre Partei für ein Verbot von Totschlagfallen einsetzen?*

Das Jagdgesetz muss den Ansprüchen ökologischer und tierschutzgerechter Prinzipien genügen, die Methoden, die dem nicht entsprechen, wollen wir unterbinden.

*c) Wird sich Ihre Partei für ein Verbot der Baujagd einsetzen?*

Ja. Siehe 5b)

90 *6. Jagd auf Füchse*

*In Sachsen-Anhalt töten Jäger jedes Jahr über 15.000 Füchse ohne den vom Tierschutzgesetz geforderten vernünftigen Grund. Ökologische, gesundheitsrelevante oder wildbiologische Argumente für die flächendeckenden Fuchstötungen liegen nicht vor. Vielmehr werden Füchse als Jagdkonkurrenten angesehen oder im Rahmen der Hobbyjagd als Freizeitbeschäftigung getötet. Luxemburg führte 2015 ein Verbot der Fuchsjagd ein, dass aufgrund der positiven Erfahrungen verlängert wurde und weiterhin Bestand hat.*

95 *a) Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Füchse in Sachsen-Anhalt nicht mehr flächendeckend getötet werden dürfen?*

100 Ja. Die Jagd ohne vernünftigen Grund ist abzulehnen und hat bereits Gesetzesrang. Wir setzen uns dafür ein, dass Gesetze eingehalten werden und dem Tierschutz auch an dieser Stelle Geltung verschafft wird.

*7. Förderung von Pelzprodukten*

*In der laufenden Legislaturperiode förderte das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie (MULE) in Sachsen-Anhalt die „Produktion“ von Wildtierfellen – vorwiegend von Füchsen –, indem der Fellwechsel GmbH Gefriertruhen und Kühlcontainer im Wert von 100.000 Euro zur Verfügung gestellt wurden.*

105 *a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Projekte zur Pelzproduktion nicht mehr durch das Land unterstützt werden?*

Das Wort „Produktion“ ist an dieser Stelle irreführend. Bei der Fellwechsel GmbH geht es um die Nutzung des Fells von Waschbären, welche u.a. aus ökologischen Gründen bejagt werden. Jagd

110 oder Zucht ausschließlich zur „Produktion“ von Pelz lehnen wir strikt ab und haben uns bereits in der Vergangenheit für die erfolgreiche Schließung von Pelztierproduktionen eingesetzt.

#### *8. Heimtierhaltung / Gefahren*

115 *Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt. Durch das vermittelte Wissen werden eine tiergerechte Haltung gefördert, Spontankäufe und damit einhergehende Abgaben an Tierheime reduziert sowie vor allem die Anzahl an Beißvorfällen gesenkt.*

*Zahlreiche Bundesländer wie Hessen und Berlin haben durch ein Gefahrtiergesetz die Privathaltung von gefährlichen exotischen Tieren verboten. In Sachsen-Anhalt existiert kein solches Gesetz.*

120 *a) Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter einsetzen?*

Ja. Dieser soll die bisherige Rasseliste vollständig ersetzen.

*b) Wird Ihre Partei die Einführung eines Gefahrtiergesetzes auf den Weg bringen?*

125 Ja. Wir teilen die Intention ausdrücklich. In unserem Programm wird eine Landesverordnung vorgeschlagen, welche festlegt, welche gefährlichen Tiere wildlebender Arten gänzlich von der privaten Haltung ausgeschlossen werden und für welche eine Ausnahme gebunden an einen Sachkundenachweis gilt.

#### *9. Wettangeln / Schutz von Fischen*

130 *Wettfischen wird inzwischen von vielen Staatsanwaltschaften und Gerichten als strafbar angesehen – auch dann, wenn die Fische anschließend gegessen werden. Das Bundesministerium der Finanzen hat in einem Schreiben vom 25.09.1991 festgehalten: „Wettfischveranstaltungen sind grundsätzlich als nicht mit dem Tierschutzgesetz und mit der Gemeinnützigkeit vereinbar anzusehen.“*

*a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass ein landesweites gesetzliches Verbot von Wettfischveranstaltungen (‘Königsfischen’, ‘Pokalangeln’ u. a.) auf den Weg gebracht wird?*

135 Gemäß ist Fischereiordnung Sachsen-Anhalt §21 (2) sind gemeinschaftliche Fischereiveranstaltungen aus Wettbewerbsgründen verboten. Gemeinschaftliche Fischereiveranstaltungen sind nur genehmigungsfähig, wenn diesen keine tierschutzrechtlichen Bedenken entgegenstehen. Wir wollen prüfen, wo aus Tierschutzgründen konkreter Handlungsbedarf besteht.

*b) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass in Landesgewässern Wasserschutzgebiete ausgewiesen werden, in der jeglicher Fischfang verboten ist?*

140 Wir wollen Wasserschutzgebiete konsequent ausweisen und deren Schutz verbessern. Die Bewirtschaftung von Flächen in diesen Gebieten darf ausschließlich ökologisch erfolgen. Gebiete mit Schutzstatus (bspw. Natura 2000) haben Schutzziele, welche durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden müssen. Z.T. führt das bis hin zu Betretungsverboten. Wenn die Maßnahmen ökologisch begründet sind, um die Schutzziele zu erreichen, unterstützen wir diese vollumfänglich.

145

## 10. Tiere in Zoos

*Die Haltung von besonders sensiblen Wildtierarten wie Menschenaffen, Großkatzen oder Elefanten in Zoos wird gesellschaftlich immer kritischer gesehen.*

- 150 a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen – beispielsweise durch eine Initiative Sachsen-Anhalts im Bundesrat –, dass die Haltung von bestimmten Tierarten in Zoos durch ein Nachstellverbot ausläuft?

Die bündnisgrüne Bundestagsfraktion setzt sich bereits für eine Positivliste für Tierarten für Zirkusse, ein Säugetiergutachten für rechtsverbindliche Mindestanforderungen für Zoohaltung und ein Ende von Delfinarien ein. Für uns ist jetzt schon klar, dass die Haltungsbedingungen für bestimmte Tiere wie Elefanten in keiner Weise den Bedingungen in ihrer natürlichen Umgebung entsprechen und deshalb verboten werden müssen. Wenn eine Bundesratsinitiative zielführend ist, so werden wir diese auf den Weg bringen.

155